

**c/o Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz
- dort Frau Sina Theresa Imhof**

22. Wahlperiode

XX.XX.2020

Antrag

des Abgeordneten Dirk Nockemann (AfD) vom 15.12. 2020

Betr.: Antrag auf Selbstbefassung des Ausschusses für Justiz und Verbraucherschutz gemäß § 53 Absatz 2 Satz 1 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO) wegen des Verdachts der Beteiligung der Justizsenatorin Anna Gallina an einer Straftat ihres ehemaligen Lebenspartners Michael Osterburg.

Die Liste der Verdachtsmomente vergrößert ihren Umfang von Woche zu Woche. Immer neue Vorwürfe verdunkeln seit einiger Zeit das Bild der Justizsenatorin Frau Anna Gallina und beeinträchtigen dadurch das Amt der Justizsenatorin, deren Behörde, die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz, der in dem Ermittlungsverfahren gegen ihren ehemaligen Lebensgefährten, Herrn Michael Osterburg, ermittelnden Staatsanwaltschaft übergeordnet ist. Zuletzt berichtete die BILD in ihrer Ausgabe vom 11.11.2020 von dem Verdacht einer Teilnahme an einer privaten Reise nach Mallorca auf Kosten der Parteikasse. Alleine diese Reise soll 4.500, 00 Euro gekostet haben. Zuvor hatte die Hamburger Morgenpost in ihrer Ausgabe vom 07.10.2020 davon berichtet, dass sich Herr Osterburg anlässlich von gemeinsamen Mahlzeiten im Stammrestaurant stets Bewirtungsbelege geben ließ und das, nach Aussage des Restaurantbetreibers, überwiegend in Gegenwart der jetzigen Justizsenatorin Frau Gallina.

Durch die ehemalige familiäre Verbindung der Justizsenatorin zu dem Tatverdächtigen in diesem staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren treten dringende Fragen hinsichtlich der Integrität der Hamburgischen Justizsenatorin Frau Anna Gallina auf, die geklärt werden sollten bzw. müssen.

Grund hierfür ist, dass dem ehemaligen Lebensgefährten der Justizsenatorin Anna Gallina, Herrn Michael Osterburg, vorgeworfen wird, bis zu 67.900 Euro veruntreut zu haben.

Deshalb ermittelt das LKA 73 (Staatschutz).

Zuletzt wurde rund ein Dutzend von mindestens 80 Personen (u. a. Senatoren) angeschrieben, mit denen Herr Osterburg laut Bewirtungsbelegen essen gewesen sein will. Es besteht der Verdacht, dass jede Menge Angaben gefälscht wurden. Die meisten der Belege sollen aus einem italienischen Restaurant an der Straße Beim Schlump in Eimsbüttel stammen. Letzteres soll nach Pressemitteilungen die Staatsanwaltschaft bestätigt haben.

Die Polizei soll nach Angaben der Bild-Zeitung inzwischen Inhaber und Angestellte dieses Restaurants befragt und soll Fotos von Politikern, mit denen Herr Osterburg

dort gegessen haben will, vorgelegt haben. Wiedererkannt worden sei den Angaben der Zeitung zufolge niemand – bis auf eine Ausnahme: Anna Gallina!

Sie soll dort Stammgast gewesen sein. Ihre Wohnung liegt fünf Gehminuten entfernt. Gallina war zur fraglichen Zeit mit Osterburg liiert. Das Paar hat ein gemeinsames Kind.

Die Staatsanwaltschaft soll nach Informationen der Bild-Zeitung zufolge inzwischen davon ausgehen, dass es etliche Zweiertreffen von Herrn Osterburg und Frau Gallina in dem Lokal gab, die möglicherweise über die gefälschten Belege abgerechnet worden sein könnten.

Es soll nach dem Bericht der Bild-Zeitung ferner sogar Hinweise darauf geben, dass Osterburg für die Zeiten, in denen er mit der Justizsenatorin essen war, eine Kinderbetreuung bestellt – und aus der Fraktionskasse bezahlt hat.

Wie erst am 13.12.2020 bekannt wurde, soll es außer den bisher bekannten Vorwürfen im Rahmen einer „Flüchtlingsrettung“ im Jahre 2017 auf Malta zu einem Hummeressen nach einem Einsatz für Flüchtlinge gekommen sein, an dem auch Frau Gallina teilgenommen haben soll.

Angesichts dieser wiederholten schwerwiegenden Vorwürfe und des bereits schwebenden Ermittlungsverfahrens gegen den ehemaligen Lebensgefährten der Justizsenatorin besteht die Besorgnis, dass das Ansehen der Justizbehörden leiden und Schaden nehmen wird und Zweifel an der Objektivität und Zielgerichtetheit der ihrer Behörde für Justiz und Verbraucherschutz untergeordneten Staatsanwaltschaft aufkommen.

Eingedenk dessen regen die Antragssteller an,

dass sich der Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz der Hamburgischen Bürgerschaft in seiner nächsten Sitzung am 16. Dezember 2020 mit diesen Vorgängen inhaltlich befasst und die Fragen klärt, inwieweit die Ausübung des Amtes der Senatorin Frau Gallina hiervon beeinträchtigt und beeinflusst wird und die Ermittlungstätigkeit der ihrer Behörde unterstellten Staatsanwaltschaft ebenso beeinträchtigt und beeinflusst wird.

Ferner regen die Antragsteller an,

dass die Senatorin im kommenden Ausschuss hierzu befragt werden sollte.